

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481, Tel.-Adr.: Rotafahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Informat“, Allgemeine Informaten-Expedition, m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: P 1 Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M., einjähr. 28,80 M. in Berlin u. Orten m. eig. Postf. Postbezug auschl. Bestellgeld 2,60 M.; Straßband im Inland 4,20 M.; u. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: 1.100 bis 1.200 Mark pro 1000 Eindrücke in 10 Tagen. Kleinanzeigen 2,50 M. pro Zeile. Anzeigenpreis für den Ausland: 4,50 M. pro 1000 Eindrücke. Kleinanzeigen 5,00 M. pro Zeile.

Severing gibt Faschisten die Straße frei

Empörende Antwort auf den von der SPD. geforderten Aufmarsch aller Arbeiter

SPD.-Arbeiter! Kein Zaudern mehr! Erfämpft mit uns Demonstrationsfreiheit!

Im gestrigen Hauptauschuß des Preussischen Landtages erklärte der preussische Innenminister Severing, daß die von der kommunistischen Partei geforderte Freigabe des Lustgartens am morgigen Tag für eine antifaschistische Demonstration nicht erlaubt werde. Sine qua non sei ein Einverständnis der Faschisten und Deutschnationalen, daß der Lustgarten zu einer Demonstration am 28. Juni für die Deutsche Stahlhelm-Studentenschaft, die Bündische Reichsjugend und den Studentendeutschen Heimbund freigegeben werde. Bei den letzteren Organisationen handelt es sich um ausgemachte faschistische Verbände, die unter dem Vorwand einer „überparteilichen Veranstaltung“ am 28. Juni einen nationalistischen Rummel durchführen wollen. Das ist die Antwort Severings, die Antwort der sozialdemokratischen Führer auf die Forderung der kommunistischen Partei nach einem gemeinsamen antifaschistischen Aufmarsch der sozialdemokratischen, kommunistischen und christlichen Arbeiter im Lustgarten. Verstärkt die Protestaktion! Erzwingt die Freigabe der Straßen und Plätze von Berlin für das Millionenheer der antifaschistischen Kämpfer!

SA-Führertragung ordnet Bewaffnung an! Alarm! Alarm!

In einer Führertragung der SA und SS des Gaus Berlin wurde gestern die Order erlassen, alle im Besitz der Faschisten befindlichen Waffen innerhalb 48 Stunden der Leitung zu melden. Diese von dem anwesenden Reichsführer SA Hermann Göring gegebene Anweisung lag natürlich nichts anderes als die unmittelbare planmäßige Bewaffnung der SA- und SS-Banden zum konzentrischen Angriff auf die Berliner Arbeiter. Nur der gefühllose Gehirnschmerz des Berliner Provokateurs, die Mobilisierung in Betrieben, in Stempelstellen und Gewerkschaften vermag die blutigen Pläne der Faschisten zu durchkreuzen. Schiller Marm, geschlossenes Handeln über alle Sabotage der proletarischen Einheit hinweg ist das Gebot der Stunde.

Noch ein Schlag gegen die Einheit

SPD. für faschistisches Landtagspräsidium

hohnvolle Antwort des „Vorwärts“ auf unseren Kampfvorschlag zur preussischen Landtagsitzung

Namens der SPD-Führer hat der gestrige Abend-„Vorwärts“ auf die Kundgebung unseres Zentralkomitees zur Wahl des Präsidiums im Preussischen Landtag geantwortet. Es ist ein ganzes Lexikon übelster Beschimpfungen der kommunistischen Partei, „plumpe Vorpiegelungen“, „neueste Tricks“, „Schwindel- und Täuschungsmanöver“, so bezeichnet das Blatt, das vorgibt, das Kampfbanner gegen den Faschismus zu erheben, unseren Vorschlag, keinen Faschisten ins Landtagspräsidium zu lassen, den Arbeitern in Preußen die Demonstrationsfreiheit zu geben, die Wagenschlüge der Papenischen Hungernotverordnung abzuwehren durch den außerparlamentarischen Kampf.

ganzen Bürgerkrieg der faschistischen Banditen ist nichts mehr übrig.

„Unausführbar aus rechtlichen Gründen“ ist es für den „Vorwärts“, wenn die Arbeiter dem Kabinett der Schlotbarone und des Hakenkreuzes den Kampf ansetzen, nicht dulden, daß die Erwerbslosen verhungern, daß den Kriegstruppen die letzten Pfennige geraubt werden, daß zum trockenen Brotstück das Salz verteuert wird. Aber „rechtlich haltbar“ ist es für die SPD-Führer, wenn von Papen die Nazibanden marschieren läßt, wenn das Parlament auseinandergejagt wird und die tollsten Notverordnungen erlassen werden. Wir pfeifen auf dieses

„rechtlich haltbare“. Wir kennen nur ein Recht: Das Recht der Arbeiter nach Arbeit und Brot und Freiheit! Oder glauben die SPD-Führer im Ernst, einen Reichskommisсар für Preußen zu verhindern, wenn die Arbeiter den Reichert und Generalen des Papen-Kabinetts die Strafen lassen? Ungekehrt: Je offener das Volkstrotz, je mächtloser sein Auftreten, je höher sein Angriff und der Reichskommisсар des Herrn Papen würde sich schneller davonziehen als die Cuno-Regierung im Jahre 1923.

Der „Vorwärts“ entwirft sich darüber, wenn das Zentralkomitee unserer Partei am Schluß seiner Kundgebung ausdrücklich erklärt:

„Die Kommunisten denken nicht daran, ihren Kampf gegen die SPD. und das Zentrum, ihren Kampf gegen die Braun-Severing-Regierung auch nur im mindesten abzuschwächen. Es

Von welchen Bedingungen hat die kommunistische Partei ihre Bereitschaft abhängig gemacht, ein Präsidium aus Vertretern der SPD. und des Zentrums zu bilden? 1. Herstellung der Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit und Freigabe des Rundfunks für die revolutionäre Arbeiterschaft in Preußen, 2. Nichtdurchführung der beiden faschistischen Notverordnungen der Papenregierung in Preußen.

Nachdem der „Vorwärts“ den Vorschlag unseres Zentralkomitees wörtlich als „plumpe Vorpiegelung“, „neuesten Trick“, „Schwindel- und Täuschungsmanöver“ bezeichnet, gibt er im Namen der SPD-Führer folgende Antwort:

„Die SPD. hat auch nicht diese Absicht. Sie hat nämlich ihr Anerbieten, für ein Landtagspräsidium von Sozialdemokraten und Zentrum zu stimmen, an Bedingungen geknüpft, von denen sie ganz genau weiß, daß sie u n a u s f ü h r b a r s i n d. Diese Bedingungen sind erstens die Herstellung der völligen Demonstrationsfreiheit in Preußen und zweitens die Nichtdurchführung der Notverordnungen. Die erste Bedingung ist aus tatsächlichen, die zweite aus rechtlichen Gründen undurchführbar. Die volle Demonstrationsfreiheit im gegenwärtigen Augenblick bedeutet die ungehemmte Entfesselung des Straßen- und Bürgerkrieges. Die Nichtdurchführung der Reichsnotverordnungen würde der Regierung von Papen den längst gewünschten Vorwand geben, einen Reichskommisсар für Preußen zu bestellen.“

„Unausführbar aus tatsächlichen Gründen“ ist es also für den „Vorwärts“, daß die Arbeiterschaft in Preußen legal marschieren darf, daß das Demonstrationsverbot aufgehoben wird, daß der Rundfunk den revolutionären Arbeitern freigegeben wird. Aber ausfüh r b a r ist es für den „Vorwärts“, für die SPD-Führer, wenn die faschistischen Typenrechte in ihren provokatorischen Uniformen auf den Straßen randalieren, Reichsbannerarbeiter und Kommunisten niederfallen, wenn der Faschistenherrscher Straßer über die preussischen Rundfunksender spricht, wenn die Faschistenpresse tagtäglich in Preußen zum Mord an Arbeitern auffordert. Das ist a u s f ü h r b a r für die SPD-Führer! Da gibt es keine Polizeiknöpfe, da gibt es kein „Unannehmbar“ im „Vorwärts“. Da befürchtet kein „Vorwärts“ die „ungehemmte Entfesselung des Straßen- und Bürgerkrieges“. Dem „Vorwärts“ zur Antwort: Einen Tag keine Severing-Politik, einen Tag Demonstrationsfreiheit und von dem-

Kommunistische Partei fordert:

Donnerstag Straße frei für antifaschistische Massendemonstrationen!

Immer frecher treten die Faschisten in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Straßen auf. Durch Terror wollen sie die Durchführung der faschistischen Notverordnungen der Papen-Regierung sichern.

Die Arbeitermassen des roten Berlins müssen wie ein Mann dem Naziterror durch geschlossenen Massenkampf ein Ende machen.

Selbst der Ortsauschuß des NSDAP, die Berliner Leitungen des Reichsbanners und die SPD. mußten, gezwungen durch den Kampfwillen ihrer Mitglieder, erklären, daß sie für die sofortige Aufhebung des Demonstrationsverbotes sind. Wir haben sie beim Wort genommen und von Severing die Freigabe des Lustgartens für Donnerstag verlangt.

Severing hat es abgelehnt, den Lustgarten für die Antifaschisten freizugeben. Aber er hat faschistischen Organisationen die Freigabe des Lustgartens für den 28. Juni zugesichert.

obwohl die kommunistische Partei die Freigabe des Lustgartens für den gleichen Tag für eine Kundgebung gegen Versailles gefordert hat.

Wenn der preussische Polizeiminister Severing den antifaschistischen Kampf durch Demonstrationsverbote für antifaschistische Organisationen verhindern will, so muß ihm zehntausendfach aus den Betrieben, von den Stempelstellen, aus den Arbeiterstraßen die Antwort entgegenhallen:

Fort mit dem Demonstrationsverbot! Straße frei für die Antifaschistische Aktion! Für die Freiheit der Arbeiterklasse! Kampf gegen die faschistischen Notverordnungen der Papen-Regierung!

„Mit uns wollen die Massen der Gewerkschaftsmitglieder, der sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter die Beilegung des Demonstrationsverbotes!“

Arbeiter aller Organisationen! Entschieden euch in den Arbeitspausen im Betrieb, an den Stempelstellen, in den Arbeiterstraßen für die Forderungen der Antifaschistischen Aktion! Die SPD. hat beim preussischen Innenministerium und Polizeipräsidium Berlins die Freigabe folgender Plätze für die

antifaschistischen Massendemonstrationen am Donnerstag, 6 1/2 Uhr, gefordert:

- Unterbezirk Zentrum: Teutoburger Platz.
- Unterbezirk Südost: Pausler Platz.
- Unterbezirk Nordost: Reichenberger, Antonplatz; Pantow; Mühlent., Ecke Berliner Straße; Schinkelplatz.
- Unterbezirk Nordwest: Kleiner Tiergarten; Friedrichs-Karl-Platz (Charlottenburg).
- Unterbezirk Ost: Köpenicker Platz.
- Unterbezirk Nord: Strassensplatz; Leopoldplatz.
- Unterbezirk Südwest: Hindenburg-Platz.
- Unterbezirk Süd: Hohenzollernplatz.
- Unterbezirk Vorligowalde: Ziegel, Berliner Straße, am Postamt.
- Unterbezirk Spandau: Marienplatz.
- Unterbezirk Tempelhofer: Marienplatz Mariendorf.

Wacht überall diese Forderung zu eurer eigenen Forderung! Sühnt die Reihen! Es lebe die Einheit der Arbeiter! Vorwärts zum siegreichen Kampf der Antifaschistischen Aktion!